

ALLGEMEINES

Erster Bericht über internationale Perspektiven der Sozialen Arbeit und der sozialen Entwicklung.

Am 10. Juli dieses Jahres präsentierte die Internationale Vereinigung der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter (IFSW) in Melbourne den ersten Bericht über globale Perspektiven der Sozialen Arbeit und der sozialen Entwicklung im Hinblick auf die Förderung der gesellschaftlichen und ökonomischen Gleichheit. Betont werden die Bedeutung eigener Anstrengungen von Armut betroffener Menschen, die Notwendigkeit staatlicher Investitionen und die Vorzüge einer gerechteren Verteilung. Noch immer entscheide häufig die soziale Herkunft über den Lebensstandard, so dass vielen Menschen die Verwirklichung ihrer Potenziale versagt bleibe. Die regionalen Schwerpunkte der Studie liegen auf dem afrikanischen, dem pazifischen, dem europäischen und dem amerikanischen Raum. Vorgesehen sind weitere Publikationen im Abstand von zwei Jahren. *Quelle: Pressemitteilung der IFSW vom 11.7.2014*

Preis Soziale Stadt 2014. Der vom Deutschen Städtetag in Kooperation mit weiteren Institutionen seit dem Jahr 2000 alle zwei Jahre ausgelobte Preis „Soziale Stadt“ zeichnet Projekte aus, die sich dem Zusammenleben der Menschen in ihren Nachbarschaften widmen, und möchte dazu ermutigen, eigene Erfahrungen in der Gestaltung der Gemeinschaft bekannt zu machen. Bei der diesjährigen Prämierung in Berlin am 1. Juli wurden zehn Preise und zehn Anerkennungen verliehen. Diese gingen unter anderem an Initiativen zum sozialen Zusammenhalt im Stadtteil, zur Verbindung von städtebaulicher Aufwertung und sozialem Engagement und zur Sanierung renovierungsbedürftiger Immobilien im Rahmen von Integrations- und Beschäftigungsprogrammen. Nähere Informationen stehen auf der Website <http://web.gdw.de> (Service/Wettbewerb). *Quelle: Städtetag aktuell 6.2014*

Der Bürger im Netz. Die digitale Welt als Herausforderung für die Zivilgesellschaft. Von Nikolai Horn. Hrg. Herbert Quandt-Stiftung. Selbstverlag. Bad Homburg v. d. Höhe 2013, 58 S., kostenlos *DZI-E-0828*
Durch die Nutzbarmachung des Internets für die Allgemeinheit in den 1990er-Jahren entstanden vielfältige Angebote der virtuellen Kommunikation. In dieser Broschüre geht es um die Auswirkungen dieses Mediums auf die Selbst- und Fremdwahrnehmung des Menschen, auf seine Identität und auf die gesellschaftliche Selbstorganisation. Anknüpfend an eine historische Betrachtung des Bürgerbegriffs befasst sich der Autor mit den Merkmalen der digitalen Welt und mit der Bedeutung der netzbasierten Interaktion für die soziale und politische Partizipation. Im Wesentlichen geht es um die zwischenmenschlichen Risiken der Anonymität und der entgrenzten Transparenz sowie um die Potenziale der neuen Interaktionsmöglichkeiten für eine nachhaltige

Entwicklung des Gemeinwesens. Bestellanschrift: Herbert Quandt-Stiftung, Am Pilgerain 15, 61352 Bad Homburg v. d. Höhe, Tel.: 06172/404-500, Internet: www.herbert-quandt-stiftung.de

Stiftung Gute-Tat.de übernimmt Ehrenamts-videothek. Die seit dem Jahr 2008 bestehende Internet-Plattform Ehrenamtsvideothek.de der Paritätischen Akademie Berlin wurde vor Kurzem von der Stiftung Gute-Tat.de übernommen, die das Angebot kontinuierlich weiterentwickeln wird. Auf den Seiten www.ehrenamtvideo.de haben freiwillige Arbeitskräfte die Möglichkeit, ihre Projekte in kurzen Videos vorzustellen, um Anerkennung für ihr Engagement zu gewinnen und die Motivation zum Mitmachen zu verstärken. Wer sich bürgerschaftlich betätigen möchte, findet hier zu den eigenen Fähigkeiten und Interessen passende Aktivitäten sowie Anregungen für die Praxis. Nähere Informationen zur Stiftung stehen im Internet unter www.Gute-Tat.de. *Quelle: Information der Stiftung Gute-Tat.de vom 30.7.2014*

SOZIALES

Hilfe für wohnungslose und zugewanderte Menschen. Mit dem Ziel, die in der Strategie „Europa 2020“ anvisierte Armutsreduktion voranzubringen, hat die Europäische Union am 12. März dieses Jahres einen Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen beschlossen. Davon stehen Deutschland für den Förderzeitraum der Jahre 2014 bis 2020 insgesamt 78,9 Mio. Euro zur Verfügung, die durch eine Kofinanzierung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales in Höhe von voraussichtlich 1,3 Mio. ergänzt werden sollen. Auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE antwortete die Bundesregierung, die Mittel seien bestimmt für die Bekämpfung von Wohnungslosigkeit und für die Integration zugewanderter Menschen aus anderen EU-Staaten in prekären Lebensverhältnissen sowie deren Kinder, einschließlich der Roma. Auf dem Plan stehen niedrigschwellige Maßnahmen für arbeitsmarkt- und bildungsferne Zielgruppen, die von den herkömmlichen sozialstaatlichen Leistungen nicht erreicht werden. *Quelle: hib vom 24.7.2014*

VdK mahnt bessere Inklusion schwerbehinderter Menschen an. Laut Informationen des Statistischen Bundesamtes lebten in Deutschland Ende des Jahres 2013 rund 7,5 Millionen Menschen mit einer Schwerbehinderung, was einem Anteil von fast 10 % der Bevölkerung entspricht. Da viele Unternehmen sich vor ihrer gesetzlichen Verpflichtung drücken, Menschen mit einer Beeinträchtigung zu beschäftigen, fällt es diesen oft besonders schwer, eine passende Betätigung zu finden. Deshalb fordert der Sozialverband VdK die Bundesregierung auf, das im Koalitionsvertrag festgelegte Ziel einer inklusiven Gesellschaft entschieden anzugehen. Von

den gut drei Mio. Erwerbsfähigen mit einem Handicap seien zirka 180 000 arbeitslos gemeldet. Dabei verfügten die betreffenden Personen häufig über eine überdurchschnittliche Qualifikation, ohne diese in die Berufspraxis einbringen zu können. Als Antwort auf das Problem empfiehlt der VdK eine Erhöhung der Ausgleichsabgabe, eine Verbesserung der Ausbildungsangebote und eine Erweiterung der Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. *Quelle: Pressemitteilung des Sozialverbands VdK vom 29.7.2014*

Sicherheit und Fairness in der alternden Gesellschaft. Bericht der Demografie-Kommission der Heinrich-Böll-Stiftung. Von Andrea Fischer und anderen. Hrsg. Heinrich-Böll-Stiftung. Selbstverlag. Berlin 2013, 84 S., kostenlos *DZI-E-0835*

Da der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung weiter steigen wird, bedarf es staatlicher Maßnahmen, um die Finanzierung der Renten zu sichern und das Risiko der Altersarmut einzudämmen. Ausgehend von einer Darstellung entsprechender statistischer Daten und einer Prognose der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung widmet sich diese Studie den Möglichkeiten der Absicherung im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung, des Riester-Modells und der betrieblichen Altersvorsorge. Angesprochen werden neben den Herausforderungen für die Politik und die Verwaltung auch die Bedeutung lokaler Netzwerke und des gesellschaftlichen Umfeldes für die Lebenswirklichkeit von Seniorinnen und Senioren. Im Resümee finden sich Empfehlungen für den Umgang mit dem demographischen Wandel. Bestellanschrift: Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, 10117 Berlin, Tel.: 030/285 34-0, Internet: www.boell.de

Empfehlungen für die Heranziehung Unterhaltspflichtiger in der Sozialhilfe (SGB XII). Hrsg. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. Eigenverlag. Berlin 2014, kostenlos *DZI-E-0907*

Die seit dem Jahr 1965 herausgegebenen und der Rechtsentwicklung kontinuierlich angepassten Empfehlungen für die Heranziehung Unterhaltspflichtiger in der Sozialhilfe richten sich an die bei den entsprechenden Trägern mit der Wahrnehmung übergegangener Unterhaltsansprüche befassten Mitarbeitenden. Diese aktualisierte Neuauflage beschreibt den Kreis der Unterhaltspflichtigen, das Maß des Unterhalts, die Berücksichtigung vorhandener Einkommen auf beiden Seiten und die Bestimmungen zum Unterhaltsanspruch von Kindern gegenüber ihren Eltern und von Eltern gegenüber ihren Kindern. Zudem finden sich hier Hinweise zur Auskunftspflicht der Unterhaltspflichtigen, zur Rückübertragung und Durchsetzung des Unterhaltsanspruchs und zu den Übergangsregelungen zwischen altem und neuem Unterhaltsrecht. Bestellanschrift: Verlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-502, Internet: www.deutscher-verein.de

Wohngemeinschaften für ältere und pflegebedürftige Menschen. Mit dem Projekt „WohnPunkt RLP“ setzt sich das rheinland-pfälzische Sozialministerium für den Aufbau von Wohngruppen und selbstorganisierten Wohngemeinschaften älterer und pflegebedürftiger Menschen in kleinen Kommunen ein. Durch die neuen Angebote können Seniorinnen und Senioren, die ansonsten in eine weiter entfernte stationäre Einrichtung umziehen müssten, am Heimatort wohnen bleiben. Pro Jahr sollen bis zu zehn Dörfer bei der Realisierung des gemeinschaftlichen Wohnens begleitet werden. Dabei übernimmt WohnPunkt RLP die Beratung der Gemeinde, die Schulung der Akteurinnen und Akteure und die Vernetzung mit Disziplinen wie dem Bauwesen, dem Bank- und Finanzwesen, dem Sozialwesen und der Architektur. Noch in diesem Jahr soll die Umsetzung des Programms in den ersten fünf Ortschaften beginnen. Das Ministerium ruft dazu auf, sich zu bewerben. Informationen zu den Teilnahmebedingungen stehen auf der Internetseite www.WohnPunkt-RLP.de. *Quelle: Mitteilung des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie Rheinland-Pfalz vom 29.7.2014*

GESUNDHEIT

Deutsche AIDS-Hilfe fordert bessere Prävention und Versorgung. Anlässlich der Welt-Aids-Konferenz, die vom 20. bis 25. Juli dieses Jahres in Melbourne stattfand, äußerte die Deutsche AIDS-Hilfe (DAH) Besorgnis über eine defizitäre Gesundheitsversorgung und Prävention. Mehr als sechs Millionen HIV-infizierte Menschen weltweit hätten keinen Zugang zu lebensrettenden Medikamenten und auch eine Postexpositionsprophylaxe, die eine Ansteckung unmittelbar nach einem Risikoverhalten noch abwenden kann, werde zu selten durchgeführt. Darüber hinaus konstatiert die DAH einen Mangel an Drogenkonsumräumen in Deutschland und eine zunehmende Repression gegen Prostitution in Europa. Zu einer adäquaten Versorgung gehörten neben Informationen in der jeweiligen Landessprache auch die Vergabe von Spritzen für den Drogengebrauch in Haftanstalten sowie diskriminierungsfreie Beratungs- und Testangebote. Im Rahmen ihrer „Wussten sie eigentlich?“-Kampagne auf der Internetseite www.wusstensie.aidshilfe.de verdeutlicht die DAH anhand von 30 Porträts die Gefährlichkeit der Krankheit. *Quelle: Pressemitteilung der DAH vom 15.7.2014*

Zuzahlung für Bewilligung einer Wunschklinik ist nicht gerechtfertigt. Den Arbeitskreis Gesundheit e.V. (AKGES) in Leipzig erreichen derzeit häufig Beschwerden, wonach Krankenkassen ihre Versicherten in Vertragskliniken einweisen wollen und für die Genehmigung einer individuell gewünschten Klinik Zuzahlungen von bis zu 3 000 Euro verlangen. Unter Bezugnahme auf Entscheidungen des Bundessozialgerichts erachtet der AKGES

dieses Vorgehen als rechtswidrig. Wenn es sich bei der Wunschklinik um eine medizinisch berechtigte Option handle, dürfe keine Zuzahlung verlangt werden, da fast alle Rehabilitationskliniken in Deutschland einen Versorgungsvertrag mit den gesetzlichen Krankenversicherungen abgeschlossen hätten. *Quelle: Mitteilung des AKGES vom 29.7.2014*

Praxistest zur Erleichterung der Pflegedokumentation. Um ein Konzept zur Entbürokratisierung zu erproben, haben 57 ambulante und stationäre Einrichtungen im Zeitraum von Oktober 2013 bis Januar 2014 Modellbögen für eine einfachere Pflegedokumentation im praktischen Alltag getestet. Der im Internet unter www.bmg.bund.de (Pflege/Entbürokratisierung) veröffentlichte Abschlussbericht kommt zu dem Ergebnis, dass der Verwaltungsaufwand erheblich reduziert werden kann, ohne fachliche Standards zu vernachlässigen. Über organisatorische und konzeptionelle Voraussetzungen für die Umsetzung des neuen Strukturmodells wurde in einer Sitzung des Lenkungsorgans der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege am 9. Juli dieses Jahres beraten. Es sei davon auszugehen, dass es einer bundes- und landesweiten Implementierungsstrategie bedarf, die für einen Zeitraum von zirka zwei Jahren zentral gesteuert und begleitet werden müsse. *Quelle: Presseinformation der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege vom 9.7.2014*

JUGEND UND FAMILIE

Kritik am Betreuungsgeld. Angesichts der seit dem 1. August dieses Jahres wirksamen Erhöhung des Betreuungsgeldes von 100 auf 150 Euro hat der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. ein Gesamtkonzept zur Umgestaltung der monetären Leistungen für Familien und Kinder entwickelt. Dieses beinhaltet Reformvorschläge für die Neustrukturierung familienbezogener Hilfen, die dazu beitragen sollen, die Armutsrisiken für Kinder und Jugendliche zu verringern. Eine Evaluation habe ergeben, dass die Kindertagesbetreuung besonders geeignet sei, Ziele wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und das Wohlergehen von Kindern zu erreichen. Insofern mache es keinen Sinn, Anreize für den Verzicht auf eine Kindertagesstätte zu setzen. Das Eckpunktepapier des Deutschen Vereins steht im Internet unter www.deutscher-verein.de (Empfehlungen/Familie) zur Einsicht bereit. *Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. vom 29.7.2014*

Heilpädagogische Familienhilfe. Ein neues Konzept für die ambulante Jugendhilfe. Von Sandra Leginovic. bhp Verlag, Berlin 2014, 92 S., EUR 12,- *DZI-E-0910* Bei der bisher in der deutschen Sozialgesetzgebung noch nicht verankerten Heilpädagogischen Familienhilfe handelt es sich um ein Unterstützungsangebot für Kinder

26.9.2014 Berlin. 5. Colloquium des Alice Salomon Archivs: Die Mobilisierung des Sozialen – Geschlechterverhältnisse im Ersten Weltkrieg. Information: Alice Salomon Archiv der ASH Berlin, Pestalozzi-Fröbel-Haus, Karl-Schrader-Straße 7-8, 10781 Berlin, Tel.: 030/2173 02 77, E-Mail: archiv@ash-berlin.eu

17.10.2014 Fürth. Tagung: Sozialunternehmer – Gestalter sozialer Marktwirtschaft. Information: Wilhelm Löhe Hochschule, Merkurstraße 41, 90763 Fürth, Tel.: 09 11/ 76 60 69-0, E-Mail: info@wlh-fuerth.de

17.-18.10.2014 Olten. 5. Fachtagung Diagnostik in der Sozialen Arbeit. Information: Fachhochschule Nordwestschweiz, Hochschule für Soziale Arbeit, Christina Corso, Riggbachstrasse 16, CH-4600 Olten, Tel.: 00 41/629 57 20 39, E-Mail: christina.corso@fhnw.ch

17.-18.10.2014 Frankfurt am Main. Fachöffentliche Tagung: Zum Stand der Theorieentwicklung in der Sozialen Arbeit – Aktuelle Vorschläge, Diskurse und Kontroversen. Information: Prof. Dr. Stefan Borrmann, Hochschule Landshut, Am Lurzenhof 1, 84036 Landshut, Tel.: 08 71/50 64 45, E-Mail: borrmann@fh-landshut.de

20.10.2014 Hannover. Fachtagung: Gesundheit in Krippe, Kita + Co... von Anfang an. Information: Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V., Fenskeweg 2, 30165 Hannover, Tel.: 05 11/388 11 89-36, E-Mail: eric.weidler@gesundheits-nds.de

23.-24.10.2014 Berlin. Fachtagung: Personalgewinnung, -entwicklung und -führung im Spannungsfeld von Kinderschutz und Fachkräftemangel. Information: Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin, Tel.: 030/ 390 01-136, E-Mail: agfj@difu.de

23.-25.10.2014 Gütersloh. 8. Kongress der Deutschen Alzheimer Gesellschaft: Demenz – jeder kann etwas tun. Information: Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V., Selbsthilfe Demenz, Friedrichstraße 236, 10969 Berlin, Tel.: 030/259 37 95-0, E-Mail: info@deutsche-alzheimer.de

27.-28.10.2014 Stuttgart. Invest in Future – Zukunftskongress für Bildung und Betreuung. Information: Konzept-e für Bildung und Soziales GmbH, Wankelstraße 1, 70563 Stuttgart, Tel.: 07 11/65 69 60-10, E-Mail: info@konzept-e.de

5.-6.11.2014 Nürnberg. ConSozial – Fachmesse und Kongress des Sozialmarktes. Information: Besucherbüro ConSozial, Rummelsberg 2, 90592 Schwarzenbruck, Tel.: 09 128/50 26 01, E-Mail: info@consozial.de

und Jugendliche mit Verhaltensauffälligkeiten, Behinderungen, traumatischen Erfahrungen oder Schulschwierigkeiten und für junge Menschen mit psychisch kranken Eltern. Die Broschüre beschreibt die Aufgabenbereiche dieser Leistungsart in Abgrenzung zur Sozialpädagogik und vermittelt Anhaltspunkte zur Rolle des Jugendamtes, der Schulen, der Kindergärten und der Kindertagesstätten, zur Netzwerkarbeit, zur Diagnostik und zur Gestaltung der professionellen Betreuung. Die Autorin plädiert für den verstärkten Einsatz der Heilpädagogik in der ambulanten Familienhilfe. Bestellschrift: BHP Verlag – Berufs- und Fachverbands GmbH, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/40 60 50 60, Internet: www.bhpverlag.de

Siegel für Kinderfreundlichkeit. Städte und Gemeinden mit mindestens 5 000 Einwohnerinnen und Einwohnern, die sich in vorbildlicher Weise der Belange von Kindern annehmen, können noch bis zum 30. September dieses Jahres das von UNICEF Deutschland und dem Deutschen Kinderhilfswerk entwickelte Siegel „Kinderfreundliche Kommune“ beantragen. Zu den erwarteten Standards gehören die Partizipation von Kindern und Jugendlichen, deren Interessenvertretung, ein entsprechender Etat, ein regelmäßiger Bericht und die Unterstützung von Kinderrechtsorganisationen. Bewerbungen können bei folgender Adresse eingereicht werden: Kinderfreundliche Kommunen e.V., Berliner Büro, Leipziger Straße 119, 10117 Berlin. Nähere Informationen und ein Bewerbungsformular finden sich im Internet unter www.kinderfreundliche-kommunen.de. *Quelle: Städtetag aktuell 6.2014*

AUSBILDUNG UND BERUF

Lohnerhöhung bei der Diakonie. Nach einem Beschluss der arbeitsrechtlichen Kommission der Diakonie Deutschland vom 10. Juli dieses Jahres erhalten Mitarbeitende und Auszubildende bei der Diakonie rückwirkend zum 11. Juli 2014 1,9 % mehr Lohn. Ausgenommen sind Ärzte und Ärztinnen, da diesen bereits im Dezember 2013 eine Gehaltserhöhung von durchschnittlich 1,6 % bewilligt wurde. *Quelle: Mitteilung der Pressestelle Diakonie Deutschland vom 11.7.2014*

Mediation und Konfliktmanagement. Die Landesakademie für Jugendbildung in Weil der Stadt bietet einen Lehrgang zum Thema „Mediation und Konfliktmanagement“ an. Dieser besteht aus einer Grundausbildung von März bis Oktober 2015 und einem Vertiefungskurs von Dezember 2015 bis März 2016. Die Schulung vermittelt Kompetenzen im Hinblick auf die Konfliktbearbeitung, Techniken der Gesprächsführung sowie Kenntnisse in Bezug auf die Fallarbeit, die Supervision und die interkulturelle Mediation. Angesprochen sind Fachkräfte der Sozialen Arbeit und anderer Professionen, die das Verfahren in ihrem beruflichen Alltag

einsetzen wollen. Im Internet stehen detailliertere Hinweise unter www.jugendbildung.org. Wer sich anmelden möchte, wende sich an die Landesakademie für Jugendbildung, Malersbuckel 8, 71263 Weil der Stadt, Tel.: 070 33/52 69-0, E-Mail: info@jugendbildung.org. *Quelle: Information der Landesakademie für Jugendbildung vom 16.7.2014*

Aktionärinnen fordern Gleichberechtigung – 2009 bis 2013. Mehr Frauen in Führungspositionen. Fazit und Forderungen. Hrsg. Deutscher Juristinnenbund e.V. Selbstverlag. Berlin 2013, kostenlos *DZI-E-0852*

Im Rahmen des Projektes „Aktionärinnen fordern Gleichberechtigung“, das über vier Jahre durchgeführt wurde, besuchte der Deutsche Juristinnenbund über 300 Hauptversammlungen börsennotierter Unternehmen und befragte die Aufsichtsräte und Vorstände zum Thema „weibliche Führungskräfte“ mit der Intention, diese für das Problem der genderspezifischen Unterrepräsentierung zu sensibilisieren. Die Broschüre enthält die Ergebnisse der Studie mit einer Bestandsaufnahme der Situation von Frauen in der deutschen Privatwirtschaft, ergänzt durch Empfehlungen zur Schaffung einer nachhaltigen Chancengerechtigkeit. Wünschenswert seien beispielsweise mehr Transparenz über die Geschlechterverteilung, eine regelmäßige Evaluation der Personalentwicklungsprogramme und die Einführung einer gesetzlichen Frauenquote von 40 % für das Management. Bestellschrift: Deutscher Juristinnenbund e.V., Bundesgeschäftsstelle, Anklamer Straße 38, 10115 Berlin, Tel.: 030/443 27 00, Internet: www.djb.de

Neuer Masterstudiengang Netzwerkmanagement Bildung. Absolventinnen und Absolventen von Bachelor-Studiengängen, die über eine qualifizierte Berufserfahrung von einem Jahr verfügen, können an dem neuen berufsbegleitenden Studiengang „Netzwerkmanagement Bildung für nachhaltige Entwicklung – Schwerpunkt Kindheitspädagogik“ (BNE) an der Alice Salomon Hochschule in Berlin teilnehmen. Vermittelt werden wissenschaftliche und forschungsorientierte Kenntnisse sowie die Expertise, durch ein innovatives Netzwerkmanagement die Inhalte und Methoden einer Bildung für nachhaltige Entwicklung mit aktuellen Belangen der Kindheitspädagogik zu verknüpfen. Der Masterstudiengang, dem von der Akkreditierungsagentur AQAS e.V. ein Alleinstellungsmerkmal zugesprochen wurde, zeichnet sich durch einen starken Praxisbezug, eine Orientierung auf die konzeptionelle Arbeit und eine kompetente Begleitung durch Mentorinnen und Mentoren mit langjähriger Berufserfahrung aus. Die Kosten belaufen sich auf 6 000 Euro zuzüglich der jeweiligen Semestergebühren. *Quelle: alice, magazin der Alice Salomon Hochschule Berlin, Sommersemester 2014*